

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Keul, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/2438 –**

Gemeinsamen Standpunkt der EU für Waffenausfuhren auch bei Rüstungsexporten an EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte Länder konsequent umsetzen

A. Problem

Ausweitung der Anwendung des Gemeinsamen Standpunkts der EU vom 8. Dezember 2008 zur Kontrolle von Rüstungsausfuhren auf Exporte an EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte Länder, Vereinbarkeit mit der wirtschaftlichen Kapazität des Empfängerlandes, erneute Überprüfung bereits bewilligter und noch nicht ausgeführter Rüstungsexporte, besondere Berücksichtigung der Rüstungsausgaben durch die EU im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/2438 abzulehnen.

Berlin, den 6. Oktober 2010

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Martin Dörmann
Stellvertretender Vorsitzender

Kerstin Andreae
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Kerstin Andreae

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/2438** in seiner 55. Sitzung am 8. Juli 2010 beraten und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach dem Willen der Antragsteller soll die Bundesregierung bei Rüstungsexporten den gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union zu Exporten in EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte Länder anwenden. Nach diesem Standpunkt spiele die Vereinbarkeit der Ausfuhr mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes eine entscheidende Rolle. Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, auf EU-Ebene dafür zu sorgen, dass ein besonderes Augenmerk auf die Rüstungsausgaben von Mitgliedsländern gelegt wird, um unverhältnismäßig hohe Belastungen für den jeweiligen Haushalt frühzeitig zu erkennen. Als Beispiel erwähnt der Antrag Griechenland. Das Land habe nur durch massive Finanzhilfen vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt werden können. Zu den Problemen Griechenlands hätten auch die Rüstungsausgaben beigetragen. Gemessen an der Wirtschaftsleistung gebe Griechenland mehr für Rüstungsgüter aus als jedes andere EU-Land.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/3062 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 19. Sitzung am 6. Oktober 2010 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Berlin, den 6. Oktober 2010

Kerstin Andreae
Berichterstatlerin

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 28. Sitzung am 6. Oktober 2010 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 31. Sitzung am 6. Oktober 2010 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 54. Sitzung am 6. Oktober 2010 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 20. Sitzung am 6. Oktober 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 18. Sitzung am 6. Oktober 2010 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 22. Sitzung am 6. Oktober 2010 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 17/2438 in seiner 25. Sitzung am 6. Oktober 2010 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

